

Gebetsnachrichten im September 2023

Und er wird die Engel aussenden und die von ihm Auserwählten aus allen vier Windrichtungen zusammenführen, vom Ende der Erde bis zum Ende des Himmels. (Mk 13,27)

1-4 Nepal

CSI-Partner Stephen Adhikari traf am 3. Mai Nepals ehemaligen Premierminister Sher Bahadur Deuba und besprach mit ihm das Thema der Religionsfreiheit. Adhikari war mit dem Austausch zufrieden, betonte aber auch, dass weiterhin viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei. In Nepal sind Kirchen gezwungen, sich bei der Regierung registrieren zu lassen.

5-9 Uganda

Am 16./17. Juni stürmten Bewaffnete der islamistischen Terrorgruppe ADF eine Privatschule im Bezirk Kasese. Sie erschossen 42 Schüler in ihren Schlafräumen und setzten das Gebäude in Brand. Nur wenige Jugendliche entgingen dem Anschlag. Eine beträchtliche Zahl Schüler wurde von den Islamisten entführt.

10-14 Nigeria

Am 17. Juni wurden die letzten 16 Geiseln, die am 7. Mai während des Gottesdienstes in der Baptistenkirche von Bege, im Bundesstaat Kaduna gefangen genommen worden waren, befreit. Der Präsident der „Christian Association of Nigeria“ (CAN) im Bundesstaat Kaduna, Pfarrer John Joseph Hayab, dankte der muslimischen Gemeinde des Ortes, in dem die christlichen Gläubigen entführt worden waren, weil sie „mit Geldspenden zu dem geforderten Lösegeld für die Freilassung ihrer christlichen Brüder und Schwestern beigetragen hat“.

15-17 Uganda

Wenige Tage nach dem Massaker an einer Schule hat es am 19. Juni einen Anschlag auf eine Kirche gegeben. Bewaffnete drangen nach einem Gottesdienst in eine anglikanische Kirche im Bezirk Kakumiro ein. Sie schlugen im Gotteshaus mit Macheten auf Menschen ein. Ein Lehrer wurde „zu Tode

gehackt“, so eine örtliche Zeitung. Eine unbestätigte Zahl von Personen wurde verwundet; mindestens ein Opfer schwebte zunächst noch in Lebensgefahr.

18-21 Irak

Christliche Parteien warnen vor Immobiliengeschäften, die darauf abzielen, das Gleichgewicht der demographischen Zusammensetzung in der Provinz Ninive zu verändern, wo chaldäische, assyrische und syrische Gemeinschaften seit jeher verwurzelt sind. In einer im Juni von führenden Vertretern der fünf christlichen Parteien unterzeichneten Erklärung, die sich auf Informationen aus kommunalen Quellen stützt, prangern die Autoren Initiativen von Gemeinden in der Provinz Ninive an, die darauf abzielen, insbesondere im Bezirk Talkeif den Verkauf von Land an Käufer zu fördern, die bisher nicht in der Region leben und nicht zu den einheimischen christlichen Gemeinschaften gehören.

22-25 Somalia

Die Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften des separatistischen Somalilandes, die seit 2007 die Stadt Las Anod besetzt halten, und Milizen, die eine direkte Verwaltung durch die somalische Regierung in Mogadischu fordern, sind seit Februar 2022 eskaliert. Hunderttausende flohen vor den Kämpfen und sitzen in den von Dürre geplagten ländlichen Gebieten fest. Der Agentur FIDES zufolge waren im Februar 2023 mehr als 200.000 Menschen - vor allem Frauen, Kinder und Senioren - aus Las Anod in umliegende Dörfer geflohen, die unter fünf aufeinanderfolgenden Dürreperioden leiden.

26-28 Indien

Zu einer „Einschüchterung von Christen“ im indischen Bundesstaat Chhattisgarh hat im Juni laut Angaben der Portale Matters India und kath.net die Verhaftung einer jungen Ordensfrau und weiterer vier Personen geführt. Schwester Bibha Kerketta werden von Hindu-Nationalisten Verstöße gegen das Anti-Konversionsgesetz vorgeworfen. Die Schwester und ihre Helfer hätten eine „Heilungszeremonie“ veranstaltet, Hindu-Gottheiten erniedrigt und Bewohner eines Dorfes aufgehetzt. Von den Betroffenen selbst wird dies zurückgewiesen.

29-30 Syrien

In der Umgebung von Damaskus ergab die diesjährige Kirschernte 40.000 Tonnen. Syrische Kirschen werden in den Libanon, Jordanien und die Golfstaaten exportiert. Die Bauern beklagen jedoch den durch westliche Sanktionen verstärkten Treibstoffmangel, der Transport und Kühlung des wertvollen Obstes schwer behindert und zur Verelendung der Bauern führt. Das deutsche Außenministerium behauptet dagegen standhaft, dass die Sanktionen gegen Syrien ausschließlich die Elite des Landes treffen würden.